

Friedensregion Bodensee e.V.

Newsletter Nr. 18

Juni 2021

Weiterleitung sehr erwünscht!



Inhaltsverzeichnis

Zum Newsletter Nr. 18	1
Die Ausstellung FRIEDENSKLIMA! ist eröffnet	2
Offener Brief der Parents For Future (RV)	3
Sicherheit neu denken: Mosaikstein 5	8
Aktionsplan zu UN 1325 ist friedenspolitisch unvollständig.....	11
Gastbeitrag: Ist Frieden machbar?.....	13
Buchvorstellung: Warum Klimaschutz bisher verpufft und wie er gelingt	17
Kolumne: Vivienne Waldrapp zwitschert	18
Aktuelles.....	19
Termine/Impressum.....	20

Zum Newsletter Nr. 18

Liebe friedenspolitisch interessierte Leserinnen und Leser!

Was lange währt, wird endlich gut: Die Ausstellung FRIEDENSKLIMA! auf der Lindauer Gartenschau ist nun eröffnet und findet sehr viel Zuspruch. Wir berichten von der Eröffnung. Vielleicht haben Sie es auch schon aus der Presse erfahren, dass der Protest gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auch in unserer Region angekommen ist?! Die Parents For Future Ravensburg haben anlässlich des Umgangs der Staatsgewalt mit ihren Kindern einen öffentlichen Brief verfasst, der hier im Newsletter veröffentlicht ist. Er kann als ein mutiges Beispiel für Zivilcourage gelten und hat für uns und die Friedenspolitik durchaus Vorbildcharakter!

Außerdem finden Sie den nächsten Mosaikstein zur Lektüre, sowie die Kolumne von Vivienne Waldrapp und eine wichtige Buchvorstellung. Ich berichte darüber hinaus über den eingeschränkten Blick unseres Bundesdeutschen Planes zur Umsetzung der UN-Resolution 1325. Zudem empfehle ich Ihnen den Gastbeitrag unseres Züricher Friedensfreundes Heinrich Frei und erinnere ausdrücklich an Frieden in Bewegung. Die Teilnehmer*innen haben auf ihrer Wanderung nun bald den Bodensee erreicht. Dass Sie selber die Gruppe begleiten können und welche Strecken von wem begleitet werden, finden Sie unter den Terminen.

Die Friedensregion Bodensee e.V. kann schon auf ein 2-jähriges Bestehen zurückschauen: am 13.06. konnten wir unseren Geburtstag feiern. Und die Friedensräume gibt es schon seit 20 Jahren. Zum Jubiläum am 18.06. hält Frau Dr. Margot Käßmann, Landesbischöfin i.R., in Lindau einen Vortrag zum Thema „Wie wir heute ein Klima für Frieden schaffen“.

Seien Sie herzlich begrüßt von Ihrer
Friedensreferentin
Martina Knappert-Hiese

Die Ausstellung FRIEDENSKLIMA! ist eröffnet

Am 20. Mai ist unter dem Titel **FRIEDENSKLIMA! 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden** eine ungewöhnliche Ausstellung der Friedensregion Bodensee e.V. und friedens räume Lindau eröffnet worden. In unmittelbarer Nähe zum Bodensee und dem Ring for Peace der Weltreligionen wurde im Luitpold-Park ein Friedensareal gestaltet: Die begehbare Skulptur der Künstlerin Bärbel Starz zum Thema Wasser und Müll gehört ebenso dazu wie ein Regenbogenbaum und ein „to-do-Baum“, an dem die Besucher auf bunten Karten ihren persönlichen Beitrag für eine friedlichere Welt anbringen können. So werden auch jüngere Kinder an das Zukunftsthema Nachhaltigkeit herangeführt.



(Foto Christian Flemming)

Auf 10 großen Stelen präsentieren wir die **17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen – die Agenda 2030**. Die engen Zusammenhänge zwischen Frieden und Klimaschutz werden originell illustriert deutlich gemacht. An mehreren Stationen können die Besucher*innen selbst aktiv werden, zum Beispiel beim Spiel „Mensch bekämpfe dich nicht“, wenn sie unter neuen Vorzeichen nicht gegeneinander, sondern miteinander spielen. Auf weiteren Stelen werden einzelne Aspekte zum Thema FRIEDENSKLIMA beschrieben, das Szenario „Sicherheit neu denken“ der Evang. Landeskirche Baden, die Themen „Feindbilder“ und „Gewaltfreiheit“ und verschiedene Friedensorganisationen am Bodensee stellen sich vor. Aktive der Parents for Future Lindau

und Amnesty Lindau beteiligen sich an der Betreuung dieser Ausstellung.



Die Präsentation wurde im Sinne der **Nachhaltigkeit** variabel entworfen, d.h. sie kann ausgeliehen und an anderer Stelle gezeigt werden. Dafür lassen sich einzelne Teile auf lokale Gegebenheiten zuschneiden und ergänzen. Ob draußen unter freiem Himmel oder in Innenräumen, die lebendige und farbige Gestaltung ist auf jeden Fall ein Hingucker, der die Menschen anspricht!

In einer neuen ‚Fairführer‘-App für nachhaltige Angebote am Bodensee sind Stationen durch die Friedensregion in Vorbereitung. Leser*innen unseres Newsletters können diese App herunterladen und die Bodensee-Rundtour unter dem Code ‚friedensbewegung 2021‘ gratis freischalten. Die Führung durch die Lindauer Gartenschau mit dem Friedensareal oder die Überlinger Gartenschau sind kostenpflichtig.



Offener Brief der Parents For Future Ravensburg vom 19.05.

an die Verwaltung und den Gemeinderat der Stadt Ravensburg, die Schwäbische Zeitung, die Einsatzkräfte, den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben, die regionalen Vertreter*innen der CDU und Freie Wähler

Vorbemerkung

Als Parents For Future Ravensburg sehen wir uns in der Verantwortung, die vielfach an uns herangetragenen Solidaritätsbekundungen und Fragen zu den Ereignissen vom 14. und 15. Mai in Ravensburg in Form eines Offenen Briefes zu bündeln und in die Öffentlichkeit zu tragen. Die notwendige Auseinandersetzung und Aufarbeitung der Ereignisse rund um die friedlichen Klima-Proteste der vergangenen Tage nutzen wir, um weitere Aufmerksamkeit für die Themen und zentralen Anliegen für mehr Klimagerechtigkeit zu erzeugen. Auf eine Strategie, die auf Ablenkung oder weg von den Inhalten zielt, lassen wir uns ungeachtet der nachfolgenden Richtigstellungen und Forderungen zu einem fairen und respektvollen Umgang mit zivilen Formen des Protestes nicht ein.

Stattdessen stellen wir die Forderungen des in der Schussenstraße als Beweismittel konfiszieren Aktionsbanners voran:

1. Einhaltung des CO₂-Budgets für 1,5°-Grenze
2. Soziale Verkehrswende
 - a) Autofreie Innenstadt
 - b) Ambitionierter Ausbau der Radinfrastruktur
 - c) Kostenloser und ausgebauter ÖPNV
 - d) Spielplätze, Grünflächen und Bänke
 - e) Politik der kurzen Wege
3. Altdorfer Wald erhalten
4. Regionalplan an wissenschaftliche Gegebenheiten anpassen
 - a) Klimagerechte Verkehrswende
 - b) Lokaler Wald- und Trinkwasserschutz
 - c) Zukunftsgerechter Umgang mit Ressourcen
 - d) Bodenentsiegelung
 - e) Konsequenter Artenschutz
 - f) Naturschutzgerechte Landwirtschaft
5. Öffentliche Positionierung zur Verschärfung des Klimaschutzgesetzes von BaWü

Solidaritätsbekundung

Wir Eltern, Familien, Freund*innen, Nachbar- und Anwohner*innen, zusammen mit vielen weiteren Unterstützer*innen, bringen unsere Solidarität mit unseren Kindern und den Bewohner*innen der Waldbesetzung bei Grund zum Ausdruck!

Dies schließt ausdrücklich die friedlichen Protestaktionen zur Umsetzung des Grundrechts auf Klimagerechtigkeit in Ravensburg am 14. und 15. Mai 2021 mit ein. Wir sind stolz darauf, dass unsere Kinder gelernt haben, für sich und andere einzutreten. Wir bewundern ihr monate- mitunter jahrelanges Engagement, welches sie nicht nur mutig, sondern mit großer Ernsthaftigkeit und fundiertem Wissen für unsere Gesellschaft erbringen. Teilweise leben sie seit Dezember in Baumhäusern, seit Februar im Altdorfer Wald - bei Regen, Schnee und Kälte. Mit Nachdruck treten wir daher allen gewollten oder unbedachten Verunglimpfungen, Kriminalisierungsversuchen und Schikanen entgegen! Wir bitten und fordern Sie auf, die derzeit angespannte Situation nicht weiter anzuhetzen, sondern Ihren Teil zu einem gewaltfreien und konstruktiven Diskurs beizutragen. Uns Eltern ist bewusst, dass die Form des Protestes teilweise ungewohnt, fordernd und neu für unsere Region ist. Die wissenschaftlich untermauerte Dringlichkeit eines entschlossenen und sofortigen Handelns, wie auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts geben den unmissverständlich vorgetragenen Forderungen der Klimaschützer*innen jedoch recht.

In Anbetracht des immer bedrohlicher fortschreitenden Klimawandels haben wir volles Verständnis für die Vehemenz, mit der die junge Generation wirksame Sofortmaßnahmen und ihr verbrieftes Recht zur eigenen Zukunftssicherung einfordert. Das vom Bundesverfassungsgericht eindeutig bestätigte Recht auf Klimagerechtigkeit unter den Generationen muss endlich auch von den Verantwortlichen auf lokaler Ebene respektiert, wahrgenommen und umgesetzt werden. **Nicht die Aktivist*innen von heute sind zu laut, sondern die Generationen davor waren zu leise!** Der ungebremste Klimawandel macht deutlich, dass wir uns nicht länger mit wohlfeilen Ankündigungen und einer zögerlichen

Symbolpolitik zurückliegender Jahre zufrieden geben können und dürfen. Wir verwehren uns dagegen, besorgte Aktivist*innen, die das erkennen und sich dabei auf die Wissenschaft berufen, in die Nähe von Krawallmachern, Kriminellen oder politischen Wirrköpfen zu rücken.

An die Adresse der Stadt Ravensburg

Wir sind mit Ihnen im Konsens, dass gemeinsame Gespräche und Austausch wichtige Voraussetzungen sind, um unsere Stadt schnellstmöglich klimaneutral zu gestalten. Gesprächsangebote werden aber dann unglaublich, wenn dazwischen kaum Substantielles passiert und entsprechende Angebote nur während laufender Aktivitäten gemacht werden. Der Kontakt von Seiten der Stadt zu den Klimaaktivist*innen beschränkte sich in den vergangenen drei Monaten, seit der freiwillig geräumten Baumbesetzung in Ravensburg, auf ein einziges Email, das am 11. Mai 2021, um 17:07 Uhr vom zuständigen Ordnungsamtsleiter versandt wurde. Darin wurde in der Hauptsache darauf hingewiesen, dass Versammlungen auf Bäumen grundsätzlich untersagt sind. Neben dieser rechtlich zweifelhaften Aussage wurde lediglich eine unverbindliche Bereitschaft der Verwaltung zum Austausch über weitere Aktionsformen signalisiert. Ein verbindliches Gesprächsangebot mit Termin o.ä. hat es nicht gegeben. Von Seiten des Gemeinderates, der politischen Vertreter*innen oder den Stadtoberhäuptern hat es im oben genannten Zeitraum nicht gegeben. Vor und nach dem, am 01. Mai abgelaufenen und im gegenseitigen Einvernehmen vereinbarten dreimonatigen Ultimatum mit den bekannten Aktivist*innen, hat es die Stadt schlichtweg versäumt, eine entsprechende Initiative zu ergreifen. Die spontanen Aktionen am Wochenende sind verständliche und offensichtlich notwendige Reaktionen junger Menschen, die sich durch das "Schnecken tempo" und dem weiteren Aufschieben wirksamer Maßnahmen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele auf lokaler Ebene hintergangen fühlen. Als Parents For Future warten wir seit Wochen auf einen Terminvorschlag für ein von uns initiiertes Kooperationsgespräch, das uns mündlich vom Umweltamt in Aussicht gestellt wurde. Um

schnellstmöglich zurück zu einem konstruktiven Miteinander zu kommen halten wir sehr gerne und ungeachtet der hier vorgetragenen Kritik daran fest.

- Ein Großaufgebot an Einsatzkräften, Hundeeinsatz, Drohnenüberwachung uvm. für drei junge Menschen in Hängematten aufzufahren, zeugt nicht von Stärke sondern von Ratlosigkeit und der bedenklichen Fehleinschätzung einer möglichen Gefahrenlage. Wir haben auch hier bis zu einem gewissen Punkt Verständnis für Ihre Gesamtverantwortung, aber das dargebotene Szenario vom vergangenen Samstag können wir nur als Abschreckungsversuch für weitere unerwünschte Proteste werten.
- Anstelle Steuergelder für unnötige Großeinsätze zu vergeuden, erwarten wir endlich ernsthafte Maßnahmen zur Begrenzung der Klimaerwärmung. Diese müssen über Appelle zur individuellen Verantwortung und den beschränkten Wirkungsbereich jedes Einzelnen hinausgehen.
- Ihre Stellungnahme zu den Vorgängen in und über der Schussenstraße am 15. Mai werten wir als unglücklichen und gekränkten Versuch, die Stimmung in der Stadt zu Ungunsten der Klimaschützer*innen zu beeinflussen. Das ist Ihr gutes Recht, aber vermeiden Sie dabei bitte falsche Darstellungen! Sie führen beispielsweise ein Kohlmeisenpärchen im Nistkasten am Baum in der Bachstraße ins Feld, das angeblich "bei der Brut gestört wurde". Da die Vögel auch während der Anwesenheit der beiden Aktivist*innen und bis zu sechs Polizeikräften zur Fütterung der längst geschlüpften Jungen im Nistkasten munter aus und eingeflogen sind, kann nicht von einer ernsthaften Störung ausgegangen werden. Kurzfristig wurde von Seiten der beiden Teilnehmer*innen überlegt, aufgrund der Vögel die Versammlung im Baum abubrechen. Zur Abwägung wurde per Mobiltelefon ein Vogelkenner kontaktiert.
- Sie lassen als Stadt nicht nur wertvolle Tage und Monate verstreichen, ohne längst überfällige Schritte für eine Verkehrswende in Ravensburg einzuläuten, sondern blockieren weiterhin entsprechende Initiativen aus der eigenen Bürgerschaft. Die deutliche Botschaft, die Ihnen die jungen Aktivist*innen mit Ihrem

Banner und der eigenen Präsenz über der Schussenstraße senden, mag Ihnen nicht gefallen. Aus unserer und der Sicht vieler Passant*innen und Anwohner*innen, ist diese in Inhalt und Form bezüglich der Versäumnisse der Stadt Ravensburg durchaus angemessen und offensichtlich notwendig.

- Die Tatsache, dass nach dem stadtweiten Klimakonsens von 2020 ein ganzes Jahr verstreichen muss, um einen vierköpfigen Klimarat zu berufen, der nur wenige Male im Jahr tagen soll und dabei auf die Einbeziehung regionaler Expertise verzichtet, macht deutlich, welchen Stellenwert Klimaschutz in Ravensburg hat. Wir fordern Herrn Oberbürgermeister Rapp auf, Klimapolitik endlich zur vordringlichen Chefsache zu machen!
- Lösen Sie bitte öffentlichkeitswirksam inszenierte Ankündigungen, wie "Wir wollen die Nummer Eins in Sachen Photovoltaik werden" durch konsequentes Anpacken ab. Seit Februar ist die Stadt beim bundesweiten "Wattbewerb" dabei. Das freut uns, doch nichtinformierte Bürger*innen werden bislang nicht mitgenommen. Das sollte unbedingt der Fall sein. Die Erstellung einer Klimamarke scheint Ihnen wichtiger und ist an sich noch kein Klimaschutz. Nach erfolgreicher Umsetzung ihrer Ziele, freuen wir uns gerne gemeinsam über mögliche Auszeichnungen, diese sind aber nicht unsre vordringlichen Anliegen

An die Adresse der Schwäbischen Zeitung

Weite Teile der Berichterstattung zu den Ereignissen des vergangenen Wochenendes in Ravensburg haben wir mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen. Entgegen deutlich ausgewogeneren und sachlich begründeten Artikeln der vergangenen Monate empfinden wir vieles, das Sie in den letzten Tagen geschrieben haben, als unangebracht, einseitig und einer christlich geprägten, unabhängigen Presse unwürdig! Wir erwarten von ihnen durchgängige Sorgfalt und Faktentreue in der Berichterstattung, wie sie beispielsweise im Artikel "Das Wachstum und die Kosten" vom 18.05. gegeben war.

- Wir stellen fest, dass sich die Schwäbsche Zeitung zum wiederholten Male durch ungeprüfte Polizeiangaben, z.B. bezüglich verwendeter Materialien bei der Aktion über

der Schussenstraße in die Irre führen lässt. Hätten Sie die Ihnen zugegangene Pressemitteilung der Aktivist*innen und entsprechende Hinweise in Ihren eigenen digitalen Plattformen bei Facebook und Co. zur Kenntnis genommen, könnten Sie nicht tagelang die Mär von einem "Stahlseil" verbreiten, das angeblich über die Straße gespannt wurde. Wie mehrfach hingewiesen wurde, kamen wie auch schon vor drei Monaten ausschließlich die für Bäume unbedenklichen Polypropylen-Seile in der Stärken 12mm und 14mm zum Einsatz. Unverständlich, dass Sie nach der gleichlautenden und belegten Falschmeldung im Dezember 2020 erneut diese falsche Angabe der Polizei unüberprüft übernehmen und weiter verbreiten.

- Wider besseren Wissens berichten Sie in mehreren Beiträgen, dass die Aktivisten die Straße stundenlang blockiert hätten. Bitte bleiben Sie bei den Tatsachen! Es war die Polizei, die abgesperrt hat, bevor Klimaaktivist*innen, wie auch ansonsten unbeteiligte Ravensbürger*innen, den freien Platz zum Spielen, Singen und anderen Aktivitäten nutzten. Die relativ kurz andauernde Räumung - nach erfolgloser Versammlungsauflösung - mit dem Wegtragen von ca. 10 Personen durch Polizeibeamt*innen als stundenlange Blockade zu bezeichnen, ist unredlich.
- Als einseitiger Journalismus ist auch die Tatsache zu werten, dass Sie neben den kritischen Stimmen in Ihrer Berichterstattung nicht auch den vielfach artikulierten Zuspruch von Anwohner*innen und Passant*innen zu den Zielen und zur Aktion selbst berücksichtigen.
- Im Zusammenhang mit der erfolgten in Gewahrsamnahme in Friedrichshafen bleibt fraglich, warum Sie sich auf die Aufzählung verschiedener erlaubter maximaler Polizeimaßnahmen beschränken. Die berechnete Frage, ob ein Ausschöpfen aller rechtlichen Ermessensspielräume bei friedlichen, jungen Klimaaktivist*innen tatsächlich verhältnismäßig war, lassen Sie einfach aus.
- Zwischenzeitlich entstand der Eindruck, dass Sie sich in Ihrer Berichterstattung auf die ausführliche Berichterstattung zur Form und

möglichen Ahndung der Aktivitäten beschränken. Ihnen vorliegende Hintergründe und Beweggründe, warum die kritisierten Aktionsformen gewählt wurden, haben Sie leider gänzlich ausgeklammert, obwohl Sie dazu immer rechtzeitig informiert wurden. Eine differenzierte Meinungsbildung zu den genannten Ereignissen wurde Ihren Leser*innen damit leider vorenthalten.

Generell bitten wir Sie, bei Ihrer Wortwahl besser auf die Wirkung von martialischen oder verunglimpfenden Ausdrücken wie: "der harte Kern", "selbsternannte Klimaschützer" zu achten! Lassen Sie die Kirche im Dorf – hier gibt es keine auf Krawall gebürsteten Chaoten. Dies gilt übrigens auch für auswärtige Aktivist*innen, die das gemeinsame Anliegen unterstützen. Nur weil ein Mensch z.B. aus Konstanz oder Ulm anreist, besteht keine Veranlassung ihn verdächtig erscheinen zu lassen.

An die Adresse der Einsatzkräfte

Die Erfahrungen, die wir selbst oder unsere Kinder in den vergangenen Tagen machen mussten, sind teilweise skandalös, einer bürgernahen Polizei unwürdig und absolut inakzeptabel. Es stimmt uns traurig, hier extra betonen zu müssen, dass es von Seiten der Klimaaktivist*innen seit Beginn der Baumbesetzungen in Ravensburg, wie auch bei Grund, noch nie zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gekommen ist. Ob überhaupt und in welchen Bereichen von Ordnungswidrigkeiten einzelne in Ravensburg gewählten Protestformen fallen, darüber werden wohl erst Gerichte befinden müssen. Bewahren Sie die Verhältnismäßigkeit und berücksichtigen Sie innerhalb Ihrer gesetzlich vorgesehenen Spielräume wen Sie vor sich haben: Unbescholtene junge Bürger*innen, die mit ihren friedlichen Formen des zivilen Ungehorsams auf die Umsetzung ihres verbrieften Rechtes auf Klimagerechtigkeit bestehen!

- Hören Sie auf, uns und unsere Kinder mit überzogenen Maßnahmen in die Ecke von Kriminellen zu rücken. Sie müssen den rechtlichen Rahmen nicht bei engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausreizen. Es war sicher nicht nötig, eine junge Frau sich bis

auf den Slip entkleiden zu lassen, um sie so die ganze Nacht in Gewahrsam zu belassen.

- Unverständlich bleibt, warum es den in Gewahrsam befindlichen Aktivist*innen in Friedrichshafen verwehrt wurde Corona-Schutzmasken zu tragen.
- Es ist völlig unangemessen, dass Sie Eltern in ihren Fahrzeugen z.B. auf dem Weg zu Versammlungen oder privaten Anlässen weiterhin mit Zivilstreifen observieren und kilometerlang verfolgen. Wir haben nichts zu verbergen!

So wie Sie zu Recht das Einhalten von Regeln und Bestimmungen von den jungen Aktivist*innen einfordern, erwarten wir, dass Sie sich ebenfalls an Ihre Vorschriften halten.

- Hören Sie beispielsweise auf, Jugendliche zu bedrängen und unter Druck zu nötigen, persönliche Angaben zu machen, zu denen sie gesetzlich nicht verpflichtet sind. Telefonnummern und andere Auskünfte können Sie sich auf anderem Wege beschaffen.
- Bei zukünftigen Beschlagnahmungen von persönlichen Gegenständen (z.B. Rucksäcken und deren Inhalt) erwarten wir, dass Sie Ihrer Verpflichtung nachkommen, diese schriftlich zu protokollieren und ein entsprechendes Formular auszuhändigen, um so eine spätere Rückgabe zu ermöglichen.
- Unterlassen Sie bei Personenkontrollen von Jugendlichen Leibesvisitationen im öffentlichen Raum, die bis unter die Unterwäsche gehen! Das ist menschenunwürdig und wird zukünftig mit Dienstaufsichtsbeschwerden bedacht werden.
- Bitte tragen Sie selbst, in der Gruppe, in Fahrzeugen oder im Freien Corona-Schutzmasken - zum Infektionsschutz und in Ihrer Vorbildfunktion.
- Respektieren Sie das weitreichende Versammlungsrecht, das auch unangemeldete Spontanversammlungen miteinschließt.

Mit derartigen Grenzüberschreitungen, auf die Sie von Eltern und Jugendlichen regelmäßig und zu Recht hingewiesen werden, erwecken Sie keinerlei Sympathie, sondern verlieren vielmehr an Respekt, den wir Ihrem Berufsstand ansonsten selbstverständlich entgegenbringen.

An die Adresse des Regionalverbandes

Da sich die Bekämpfung des Klimawandels nicht auf die städtischen Grenzen beschränken kann, wenden wir uns an Sie als wichtigen kommunalen Adressaten. Wir bezweifeln nicht, dass Sie Ihre Arbeit zur Erstellung der Regionalplanentwürfe gemäß gültiger Verfahrensregeln durchführen. Dennoch sind wir überzeugt, dass Sie mit dem Festhalten am vorliegenden Regionalplan-Entwurf national und international verbindliche Verpflichtungen zur Einhaltung des 1,5°C Limit überschreiten und entsprechende Vorgaben des Landes und des Bundes ignorieren. Wir geben Ihnen mit Ihrem Festhalten am Paradigma eines fortwährenden Wachstums, mit dem ignorieren akribisch nachgewiesener Planungsfehler, mit dem Verzicht auf eine aktive und klimarelevante Lenkungswirkung bei gleichzeitig fraglicher Interessensvertretung eine wesentliche Verantwortung dafür, dass Menschen auf Bäume klettern. Welche andere Wahl lassen Sie jungen Bürger*innen, die sich gegen den überzogenen Flächenverbrauch, für eine Verkehrswende und gegen weitflächige Rodungen zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen (z.B. im Kiesabbau) stellen möchten? Mit Ihrem Versuch der weiteren Festschreibung des klimaschädlichen Natur- und Ressourcenverbrauchs tragen Sie in unverantwortlicher Art und Weise maßgeblich zur Spaltung in unserer Gesellschaft bei. Ihre aus Steuergeldern finanzierten Werbesprüche auf dem Gelände der Landesgartenschau in Überlingen sind nicht nur fehl am Platz, sondern provozieren viele Besucher*innen.

An die Adresse großer Teile der Lokalvertreter*innen der CDU und Freie Wähler in den Landkreisen Bodensee, Ravensburg und Sigmaringen

Mit Ihrer Mehrheit im Regionalverband zählen Sie zusammen mit der IHK zu den überzeugten Verfechtern einer wachstumsorientierten Politik, die oftmals wirtschaftliche Einzelinteressen vor das Gemeinwohl stellt. Wir appellieren an Sie, überholte und teils ideologisch geprägte Denkmuster zu überwinden und sich den Erfordernissen unserer Zeit zuzuwenden. Tragen Sie jetzt dafür Sorge, dass unsere Region nicht noch weiter den Anschluss verliert an zukunftsweisenden Formen des nachhaltigen und sozialverträglichen Wirtschaftens und

Zusammenlebens. Viele engagierte Unternehmen und Betriebe in der Region machen doch seit Jahren vor, wie das zum Wohle aller funktioniert!

- Wir bezweifeln, dass die deutlich gestiegene Ausweisung immer neuer Baugebiete, die aktuell unter Ausnutzung aller rechtlichen Spielräume passiert, in erster Linie dem Bevölkerungsdruck geschuldet ist. Vielmehr stellen wir fest, dass der Ausverkauf freier Flächen als kurzfristige Einnahmequelle für Gemeinde- und Ortskassen dient. Entsprechende Werbetafeln in den von Ihnen dominierten Gemeinden belegen dies anschaulich.
- Die diffamierende politische Agitation im Namen des CDU-Ortsverbands Ravensburg zu den Ereignissen des vergangenen Samstags (siehe Schwäbische Zeitung vom 19. Mai) entbehren jeglichen Respekt im politischen Diskurs. Wir weisen die geschmacklosen Anspielungen und Diffamierungen zurück, die durchweg friedlich engagierte und überwiegend junge Leute in eine Ecke mit Linksextremismus stellen. Mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen wie "regelmäßigen Rechtsbruch der sogenannten Klimaaktivisten" oder "sie wetteifern intern um die Anerkennung ihrer Straftaten", als auch die Dreistigkeit als Minderheits-Fraktion den Städtischen Dialog als gescheitert zu erklären, stellen Sie sich weiter ins politische Abseits. Sie untermauern damit aufs Neue den Eindruck, dass es Ihnen nicht um die Sache, sondern lediglich um die eigene Profilschärfung durch Polarisierung geht.
- Wer sich nicht von verbalen Entgleisungen wie denen von Herrn Bubeck (Bürgermeister von Mengen) aufs Schärfste distanziert, hat nicht verstanden, dass Bürgerbeteiligung und Kritik schützenswerte Bestandteile unserer Demokratie sind. Öffentliche Äußerungen von Herrn Bubeck (CDU), der Parallelen zieht zwischen einer angemeldeten, friedlichen Versammlung im März 2021 mit überwiegend älteren Bürger*innen und dem gewaltsamen Sturm auf das Kapitol in den USA, sind nicht nur zynisch gegenüber den Todesopfern, sondern zeugen von einem eklatanten Mangel an Diskursfähigkeit.

Schlussbemerkung

Ungeachtet unserer Empörung und des Unverständnisses bezüglich oben genannter Vorgänge, bauen wir weiter auf einen ernsthaften Dialog, der den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel gerecht werden muss. Mit Dialog allein werden wir den Temperaturanstieg allerdings nicht stoppen können! Als Teil des Aktionsbündnisses für einen zukunftsfähigen Regionalplan fordern wir daher im Schulterschluss mit unseren Kindern und der Baumbesetzung im Altdorfer Wald leidenschaftlich und mit der nötigen Schärfe tatkräftiges und wirksames Handeln von den politisch Verantwortlichen ein. Auch in Ravensburg, der liebevollen Stadt der Spiele, können wir uns keine politisch motivierten Spielchen oder ein weiteres Kräftemessen gegeneinander leisten. Der Klimawandel lässt nicht mit sich spielen! Uns allen muss doch klar sein, dass wir gegen den Klimawandel nur gemeinsam mit Tatkraft und Schläue bestehen, oder gemeinsam verlieren werden. Solange nicht alle wichtigen Protagonist*innen in Ravensburg und darüber hinaus dazu bereit oder in der Lage sind, selbst umzudenken und die Dringlichkeit, die uns die Natur vorgibt, zu verstehen, wird es dazu weiterhin symbolhafte Protestaktionen geben.

Einen empfehlenswerten Artikel zur problematischen Gesamtsituation haben auch die Scientists For Future Ravensburg veröffentlicht: <https://regionbodenseeoberschwaben.blogspot.com/search?q=offener+Brief>

Sicherheit neu denken/ Resiliente Demokratie – Mosaikstein V: Konflikt als dynamischer Prozess – die Eskalationsdynamik (©B.L. Ehrich)

Konflikte sind keine Zustände, sondern dynamische Prozesse. Friedensmosaikstein IV betrachtete Konflikte in ihrem Prozesscharakter, ihrem Zeitverlauf: Wir lernten unterschiedliche Konfliktphasen und mögliche Friedensinterventionen in diesen verschiedenen Phasen kennen. Friedensmosaikstein V

beschäftigt sich mit der Konfliktodynamik, mit der allen Konflikten innewohnende Tendenz zur Intensitätssteigerung und Ausweitung, zur Eskalation. Diese Tendenz macht Konflikte so bedrohlich. Nur mit Willenskraft, Bewusstheit und gelingender Kommunikation lässt sich diese Dynamik in persönliches und soziales Wachstumspotential transformieren, können Konflikte Entwicklungschancen bieten.

Konflikte als autonome Prozesse

Was treibt diese Konfliktodynamik an? Zum einen ist es die Diskrepanz zwischen der Absicht der Handelnden und der Wirkung auf die Interaktionspartner. Mit jeder Tat, jeder Handlung bezwecken wir bewusst eine bestimmte Wirkung. Jede Tat und Handlung zeitigt jedoch auch nichtintendierte Nebenwirkungen, die uns meist nicht bewusst sind. Watzlawick, Beavin und Jackson (2016) veranschaulichen diesen Sachverhalt am Beispiel eines Ehepaares: Die Frau nimmt wahr, dass ihr Mann eine passiv-zurückgezogene Haltung an den Tag legt. Deshalb spricht sie ihn darauf an, um Nähe wiederherzustellen. Der Mann hört Unzufriedenheit, zieht sich zurück, um Streit zu vermeiden. Daraufhin besteht die Frau auf einem Gespräch. Der Mann interpretiert dies als „Nörgeln“ und zieht sich noch mehr zurück. Das „Nörgeln“ wird intensiver, der Mann zieht sich noch mehr zurück usw.. Beide wollen die Beziehung verbessern, Harmonie leben: Der Mann verfolgt dieses Ziel, indem er einem Streit aus dem Wege zu gehen, die Frau, indem sie Kommunikation und Nähe wiederherzustellen sucht. Bei diesen systemischen Abläufen ist die Frage, wer angefangen hat, müßig. Deutlich ist aber, dass sich der Konflikt so lange aufschaukeln wird, bis die Beteiligten diesen Mechanismus durchschauen und über ihre jeweiligen Absichten und Wege zur Zielerreichung kommunizieren können. Viele Konflikte entwickeln eine solche Eigendynamik und gestalten sich als autonome Prozesse.

Verteidigungs- und Vergeltungsspiralen

Ähnlich ist die Dynamik bei Verteidigungs- oder Vergeltungsspiralen, die Konflikteskalation als Ergebnis eines Teufelskreises von Aktion und Reaktion beschreiben: A fühlt sich bedroht, rüstet deshalb auf, um sich zu verteidigen zu

können und B abzuschrecken. Dadurch fühlt sich B bedroht, will sich verteidigen und rüstet seinerseits auf. Nun nimmt A noch mehr Bedrohung wahr, rüstet noch mehr auf, woraufhin auch bei B das Bedrohungsgefühl steigt. B rüstet weiter auf usw.. Ähnlich funktioniert die Vergeltungsspirale, bei der jede Partei die andere für Aktionen bestraft, die sie als feindselig wahrnimmt: B soll von einem als bedrohlich wahrgenommenen Verhalten abgebracht werden. Deshalb verhängt A Sanktionen. B nimmt diese Sanktionen seinerseits als bedrohlichen, feindlichen Akt wahr und reagiert ebenfalls mit Sanktionen, worauf A härtere Sanktionen verhängt. Das beweist in den Augen Bs die feindlichen Absichten As, ja seinen antisozialen Charakter. Davor muss B sich schützen, indem B A bestraft. Das hat noch härtere Sanktionen As zur Folge usw. usf.. Leicht kann so ein Streit, eine Debatte zum Kampf mutieren, ein Kampf in einen Krieg ausarten, in dem sich die Konfliktparteien wechselseitig zu vernichten trachten. Viele in der heutigen Außenpolitik beliebten Sanktionen beruhen auf irrigen Annahmen und sind friedenslogisch kontraproduktiv. So hat z. B. die Absicht der US-Regierung, durch Sanktionen das Regime im Iran zu destabilisieren, eher die gegenteilige als die erhoffte Wirkung: Die Sanktionen treffen die Bevölkerung. Diese nimmt die Sanktionen als feindlichen Akt, als Angriff wahr. Deshalb wird sich die Bevölkerung verstärkt hinter ihre Regierung und ihre Feindrhetorik stellen, das System wird stabilisiert.

Basismechanismen, die einen Konflikt befeuern

Glasl (s.u., S. 207f) nennt weitere Basismechanismen oder Tendenzen, die einen destruktiv verlaufenden Konflikt befeuern:

- Im Verlauf eines Streits wird immer weniger eine Sachproblematik als Konfliktursache gesehen, sondern die gegnerische Person selbst wird zur Problemsache („schwierige Persönlichkeit“, „unverträglicher Charakter“). Alles Negative wird auf den Kontrahenten projiziert, man selbst sieht sich im Glanz des idealen Selbst. Gleichzeitig frustriert man sich selbst mit unbeherrschten Aktionen. Glasl sieht diesen Mechanismus als „Zunehmende Projektion bei wachsender Selbstfrustration“.

- Im Verlauf des Konflikts werden die Streitthemen immer mehr ausgeweitet. Die Komplexität steigt, während die Sichtweisen immer einfacher und unterkomplex werden.
- Streitpunkte aus der subjektiven bzw. objektiven Sphäre werden zunehmend miteinander vermischt, klar benennbare Ursachen-Wirkungszusammenhänge sind nicht mehr zu bestimmen, Kausalitätsbeziehungen werden simplifiziert („Alles hat doch letztlich nur den einen Grund, dass...“).
- Die Streitparteien suchen nach Verbündeten, die soziale Arena wird ausgeweitet, der Konflikt immer stärker personalisiert (Lager A gegen Lager B, „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“).
- Die Mittel werden drastifiziert, die Gewaltandrohung erhöht, um die Gegenpartei zum Nachgeben zu zwingen. Dadurch verfestigt sich aber die Position der Gegenseite. Was als Abschreckung und „Bremse“ gemeint war, wirkt als Provokation und Beschleunigung.

Ein Stufenmodell der Konflikteskalation

Glasl hat auf dem Hintergrund dieser Mechanismen ein neunstufiges Modell der Konflikteskalation entwickelt (s. Abbildung unten). Bewusst führt Glasl die Stufen abwärts auf einen Abgrund zu: das Denken der Konfliktparteien verengt sich zunehmend, Handlungsspielräume werden immer eingeschränkter, die Menschen regredieren und bleiben immer weiter hinter ihren Möglichkeiten zurück. Sie verlieren desto mehr ihre Freiheit, ihre Empathiefähigkeit, ja ihre Menschlichkeit, je mehr sie sich dem Abgrund der Stufe 9 nähern. Glauben die Konfliktparteien auf den ersten drei Eskalationsstufen noch, eine für beide Seiten befriedigende Lösung finden zu können („Win-Win“), geht es auf den drei folgenden Stufen nur noch um den eigenen Sieg und die Niederlage des Gegners („Win-Lose“): entweder ich oder du. Auf den letzten drei Eskalationsstufen haben sich die Parteien zwanghaft ineinander verbissen. Es geht nicht mehr um den Konfliktgegenstand, sondern um die Schädigung und schließlich Vernichtung des Gegners. Jeder Schaden des Gegners wird als eigener Gewinn verbucht, bis man schließlich den eigenen Untergang in Kauf nimmt, sofern man den Gegner mit sich in den Abgrund reißen

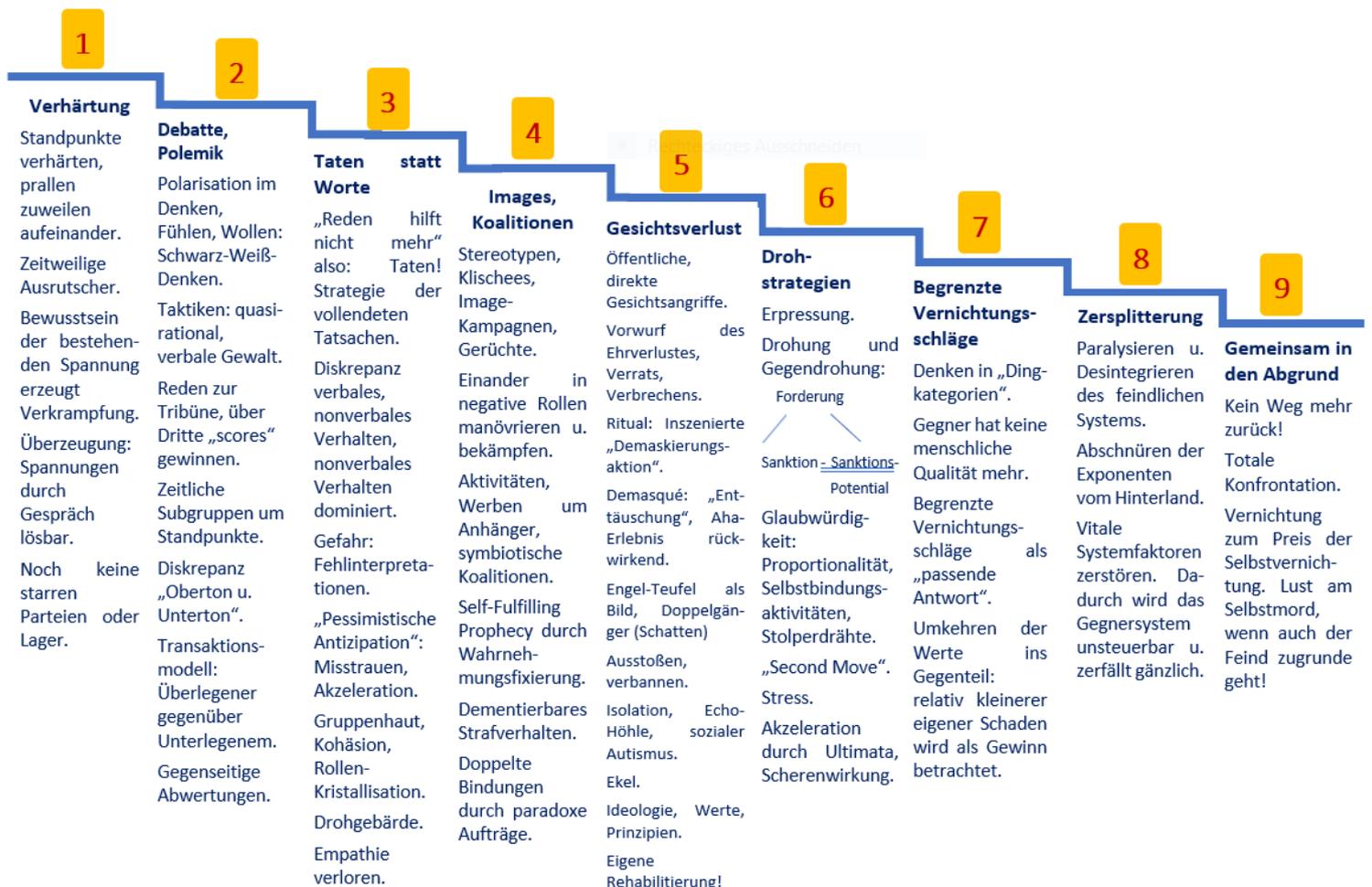
und vernichten kann („Lose-Lose“). Letzteres Szenario lässt an den „totalen Krieg“ Göbbels denken, an das Wüten der SS am Ende des Zweiten Weltkriegs, als der Krieg für Nazi-Deutschland längst verloren war. Terroristische Selbstmordattentate, Amokläufe, sog. Familientragödien, irrationale Scheidungskriege, in denen man Anwälte füttert und keinerlei eigene Kosten scheut, nur um den Expartner wirtschaftlich und psychosozial zu ruinieren, spiegeln diesen letzten (un-)menschlichen Abgrund.

Dritt-Partei-Interventionen auf den verschiedenen Eskalationsstufen

Es ist wichtig, sich bewusst zu machen, dass die Saat für diese finalen Tragödien bereits in den ersten Eskalationsstufen angelegt ist. Deshalb ist es so wichtig, frühzeitig Konflikte zu bearbeiten bevor diese Saat aufgeht und sich entfalten kann. Je niedriger die Eskalationsstufe des Konflikts, desto größer ist die Chance für eine friedensorientierte Konfliktbearbeitung und den Erhalt der Beziehung. Als Dritt-Partei-

Intervention kann auf den ersten zwei bis drei Stufen eine gute Moderation, Supervision oder Mediation erfolgreich sein. Auf den mittleren Stufen wird eine tiefere, transformative Mediation oder sozio-therapeutische Prozessbegleitung notwendig sein. Sind die Konfliktparteien nicht mehr an einen Tisch zu bringen, bietet sich Shuttle Mediation an. Auf den letzten Stufen bedarf es zunächst eines Machteingriffs z. B. in Form eines Gerichts- und Schiedsverfahrens oder einer sanktionsbewehrten „Power-Mediation“. Bei politischer Großgewalt bedeutet Machteingriff keineswegs militärische Intervention. Hier geht es zunächst darum, die Ressourcen der verfeindeten Parteien für die Kriegsführung trocken zu legen und unbeteiligte Dritte z. B. durch Evakuierung zu schützen. Folgende Darstellung erläutert die Eskalationsstufen eines Konflikts nach Glasl (2002, S. 236f):

Glasl, Friedrich: Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte u.a. Bern: 2002



Der Nationale Aktionsplan (NAP) zu UN 1325 ist aus friedenspolitischer Perspektive unvollständig (von Martina Knappert-Hiese)

Da unser Verein FRB e.V. das Frauennetzwerk für Frieden unterstützt, erscheint an dieser Stelle eine Zusammenfassung der aktuellen Stellungnahme.

Die Bundesregierung hat am 24.02.21 den dritten NAP zur **UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“** verabschiedet, die inzwischen mit sogar neun Folgeresolutionen die überragende Bedeutung von Frauen in Friedensprozessen zwar hinreichend thematisiert, jedoch noch längst nicht erreichen konnte. Daher ist es nicht verwunderlich, dass auch der dritte NAP wie seine beiden Vorgänger Mängel aufweist, die in der **„Zivilgesellschaftlichen Stellungnahme“** von verschiedenen Organisationen beschrieben und ergänzt wurden. Daran beteiligt waren z.B. Greenpeace sowie das **„Frauennetzwerk für Frieden“**, das auch von der Friedensregion Bodensee unterstützt wird. Weil Frauen sowohl im Frieden als auch im Krieg sowie im herkömmlichen Lebensalltag eine von Männern verschiedene bzw. zu unterscheidende Rolle innehaben, sind friedenspolitische Aktivitäten eben auch aus ihrer spezifischen Perspektive zu betrachten. Es muss zudem darauf hingewiesen werden, dass neue Erkenntnisse im Bereich der Biologie, Medizin, Sozialwissenschaften u.a. dazu geführt haben, die Existenz eines dritten Geschlechts anzuerkennen. Schon in ihrer Einleitung zur Zivilgesellschaftlichen Stellungnahme weisen die Autorinnen darauf hin, dass der dritte NAP auf nicht-binäre (weder weibliche noch männliche) Personen nur unzureichend eingeht und deren spezifische Diskriminierung und Ausgrenzung z.B. während kriegerischer Auseinandersetzungen nicht anerkennt. Die folgenden Themenfelder werden im NAP ausführlicher erläutert, sind hier zusammengefasst.

Frauen und Sicherheit stärken: Auch wenn es in den meisten deutschen Auslandsvertretungen inzwischen Ansprechpersonen und im

Auswärtigen Amt einzelne Referate für die Klärung geschlechtsspezifischer Problematiken gibt, empfiehlt die Stellungnahme dennoch eine Einrichtung spezieller UN-Resolution-1325-Referate in allen (!) Ministerien. Oftmals fehlt dort zudem die entsprechende Finanzierung eines Stellenplanes, um eine echte gendersensible und gerechte Umsetzung des NAP zu erreichen.

Krisenprävention: Der aktuelle globale Status quo ist alles andere als zufriedenstellend, insbesondere deshalb, weil international momentan auf Frauen- und Menschenrechte so gut wie gar nicht mehr geachtet wird, was sich durch die Corona-Epidemie weiter zuspitzt. Die besondere Bedeutung der UN-Resolution 1325 ist deshalb seitens der Bundesregierung auch in zivilgesellschaftlich und friedenspolitisch aktiven Gruppen unbedingt bekannt zu machen, damit notwendige politische Diskussionen nicht ausschließlich in einer Fachöffentlichkeit geführt werden, sondern eine umfassende Beachtung finden. Es ist jedoch als sehr fortschrittlich zu begrüßen, dass die UN-Resolution 1325 vom dritten NAP erstmals als Mittel zur Krisenprävention anerkannt und beschrieben wird. Denn aus gesellschaftlicher Ungleichheit und zunehmender Militarisierung resultieren unzweifelhaft Konflikte, die dann oftmals militärisch gelöst werden. Eine Verbesserung der Lebenssituation von Frauen kann daher als unmittelbar friedensstiftend bezeichnet werden.

Was allerdings auch in diesem NAP fehlt ist die konkrete Verpflichtung, mittelfristig sowohl konventionelle als auch atomare Abrüstung zu betreiben. Deutschland hat den Atomwaffenverbotsvertrag fatalerweise noch nicht unterzeichnet. Deshalb stellen die bisherigen geschlechtsspezifischen Analysen im Bereich der Rüstungs(export)kontrolle letztlich auch nicht mehr als Tropfen auf heißen Steinen dar. Bis heute wird bei Waffenexporten nur das Risiko geprüft, wie wahrscheinlich es ist, dass mit den Waffen Menschenrechtsverletzungen begangen werden. Es fehlt außerdem ein klares Bekenntnis zum Pariser Klimaabkommen und ein Bekenntnis zu expliziter Friedenspolitik neben dem so dringend notwendigen Fokus auf ziviler Krisenprävention.

Teilhabe: Der dritte NAP unterstreicht ausdrücklich eine quantitative und qualitative Teilhabe von Frauen und Angehörigen marginalisierter Gruppen an friedens- und sicherheitspolitischen Prozessen. Allerdings sollte sich diese Teilhabe eben auch in angemessener und unkomplizierter finanzieller Förderung ausdrücken, was bisher leider noch nicht passiert. Zudem ist es zwingend notwendig, dass Friedensaktivist*innen und Frauenrechtsorganisationen eine finanzielle Unterstützung auf unkomplizierte Art und Weise beantragen können.

Schutz und Unterstützung: Menschen, die Opfer von sexualisierter und geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind, bedürfen der medizinischen Versorgung sowie psychosozialer und rechtlicher Beratung. Mit dem dritten NAP wird erstmals anerkannt, dass die genannten Formen gravierender Gewalt als Mittel strategischer Kriegsführung zum Einsatz kommen. Endlich wird damit nun auch von der Regierung gesehen, dass Stigmatisierungen und transgenerationale Traumatisierungen zu massiven Beeinträchtigungen führen können und daher mit geeigneten Präventionsmaßnahmen zu verhindern sind. Darüber hinaus ist die Anwendung von sexualisierter Gewalt im öffentlichen und nicht-öffentlichen Raum eben auch als Ausdruck und Folge geschlechtsspezifischer Ungleichheit zu werten, die prinzipiell dauerhaft in vielen Bereichen noch immer vorkommt!

Die Stellungnahme kritisiert darüber hinaus, dass Asylverfahren in deutschen Behörden leider weder als geschlechtergerecht noch als traumasensibel zu bezeichnen sind, was ja bedeutet, dass diese Form der Gewalt eben auch nicht als Asylgrund geltend gemacht werden kann. Es bräuchte eine entsprechende Erweiterung des Asylgesetzes.

Humanitäre Hilfe und Wiederaufbau: Obwohl die Bundesregierung wichtige Impulse aus der Zivilgesellschaft aufgenommen hat, vermeidet sie im dritten NAP Formulierungen, die faktisch auch verbindliche Selbstverpflichtungen erkennen lassen. Es ist zwar anzuerkennen, dass sexuelle und reproduktive Gesundheit sowie Maßnahmen im Bereich geschlechtsspezifischer

Gewalt ausdrücklich erwähnt werden. Das ist aber lediglich eine Voraussetzung, um Frauen und anderen vulnerablen Gruppen eine Basisversorgung zukommen zu lassen, die auf die spezifische Form der Diskriminierung ausgerichtet ist, die diese Gruppen zu erleiden haben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es darauf ankommt, wie die entsprechenden Fachressorts in den Ministerien und Verwaltungen auf die vagen Vorgaben des dritten NAP reagieren und wie sie dessen Umsetzung letztlich vorantreiben. Es ist zu befürchten, dass Vieles angesichts der Pandemie stillschweigend unter den Teppich gekehrt wird. Quelle:

https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/frauen_frieden_und_sicherheit.pdf

Folgende Links dienen der weiteren Beschäftigung mit dieser Thematik:

<https://dgvn.de/meldung/frauen-frieden-und-sicherheit-unter-den-bedingungen-der-corona-pandemie/>

<https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/frauen-frieden-und-sicherheit-4764/>

<https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s42597-020-00045-x.pdf>

Zwar sind die Rüstungsausgaben seit 2015 weiter gestiegen, doch lohnt es sich trotzdem noch, den Beitrag der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit anzuschauen:

<https://www.youtube.com/watch?v=Tys3snVT9n0>



(Quelle:

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2015_United_Nations_Bangladeshi_female_police_officers_with_Somali_women.jpg)

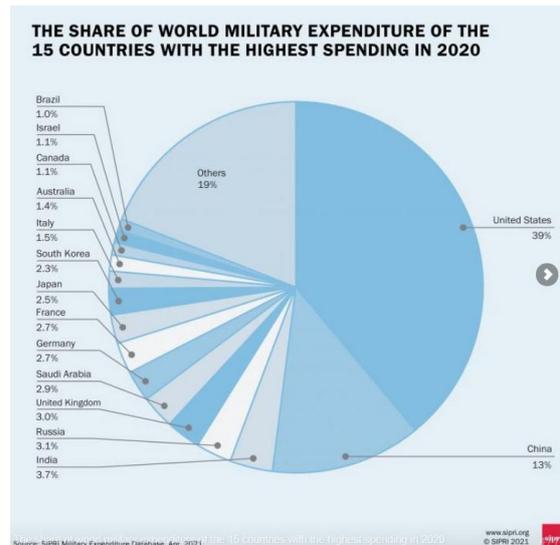
Gastbeitrag: Ist Frieden machbar? Heute: Milliarden für Militär und Rüstung und Millionen Menschen hungern (von Heinrich Frei, Zürich)

2019 wurden weltweit für das Militär und die Rüstung rund 1.917 Milliarden US-Dollar ausgegeben. Das sind 241 US-Dollar pro Kopf der Weltbevölkerung. 66 Cent pro Tag. (1) Zum Vergleich: Das World Food Programm brachte 2019 8 Milliarden US-Dollar zusammen. Diese Organisation unterstützte 97 Millionen Menschen in 88 Ländern. (2) Trotzdem hungern 690 Millionen Menschen und zwei Milliarden leiden an Mangelernährung.



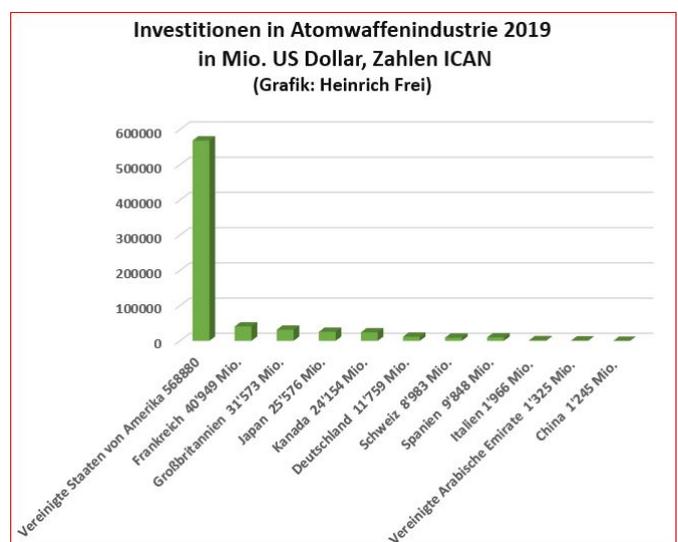
Etwa 3,1 Millionen Kinder unter 5 Jahren sterben jährlich durch Hunger, alle 10 Sekunden verhungert ein Kind. Mit 40 Cent könnte das Welternährungsprogramm ein Kind einen ganzen Tag lang ernähren, das sonst nichts zu essen hat. Das würde pro Jahr 452,6 Millionen US-Dollar kosten. Rechnen wir aber großzügiger und nehmen wir 10 Dollar pro Tag für ein Kind. Das würde pro Jahr 11,315 Milliarden US-Dollar kosten. Das wären 169-Mal weniger als die 1917 Milliarden US-Dollar, die weltweit für die Rüstung und das Militär ausgegeben werden. Mit zehn Dollar pro Tag könnte ein Kind dann vielleicht sogar die Schule besuchen und in einem Ambulatorium medizinische Hilfe finden, wenn es krank wird.

Die folgende Grafik zeigt die Anteile der 15 Länder mit den im Jahr 2019 höchsten weltweiten Militärausgaben (Grafik SIPRI)



2019: 72,9 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen

Weltweit haben 2019 neun Länder 72,9 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen ausgegeben, unter Berücksichtigung der Kosten für die Wartung und den Bau neuer Kernwaffen. Pro Minute sind das 138.699 US-Dollar, die in der Welt für Atomwaffen ausgegeben werden. Die weltweiten Nuklearausgaben stiegen ab 2018 um 7,1 Milliarden US-Dollar, was den gesamten Militärausgaben entspricht, die von 2018 bis 2019 dramatisch gestiegen sind. Beatrice Fihn, Exekutivdirektorin von ICAN (Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) erklärte: «Es ist absurd, jede Minute 138.700 Dollar für Waffen auszugeben, die katastrophalen menschlichen Schaden verursachen, anstatt sie auszugeben, um die Gesundheit ihrer Bürger zu schützen. Sie geben ihrer Pflicht ab, ihr Volk zu schützen.» (3)



Großbritannien: Ausgaben Nuklearwaffen und Gesundheitswesen

Großbritannien will die Zahl seiner heute 180 Atomsprengköpfe auf 260 erhöhen. (4)

Die Ausgaben Großbritanniens für den Betrieb seiner Atomstreitkräfte und den Bau eines neuen atomaren U-Boot-Systems beliefen sich 2019 schon auf etwa 7,2 Milliarden US-Dollar. Untersuchungen zeigen, dass daneben beim National Health Service 43'000 Pflegekräfte und 10'000 Ärzte fehlten. Mit den Ausgaben der Atom-rüstung eines Jahres könnten diese Mängel mehr als behoben werden. Mit den 7,2 Milliarden US-Dollar wäre es möglich 100.000 Krankenhausbetten für Intensivstationen, 30.000 Beatmungsgeräte und die Gehälter von 50.000 britischen Krankenschwestern und 40.000 Ärzten zu finanzieren. (5)

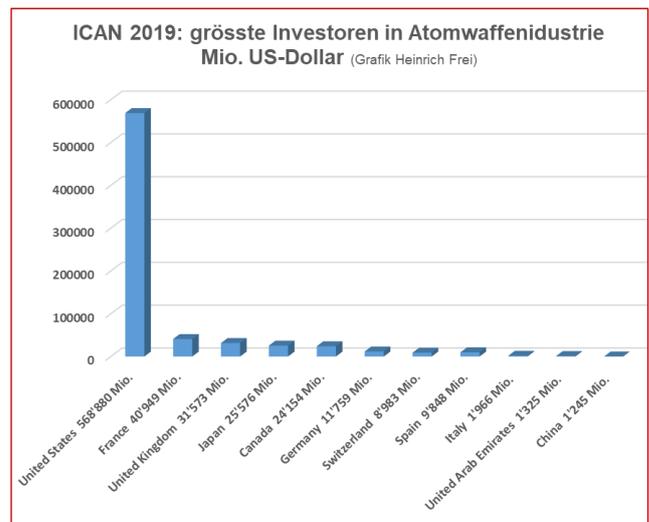
Frankreich: Ausgaben Nuklearwaffen und Gesundheitswesen

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat für die französischen Atomstreitkräfte von 2019 bis 2025 37 Mrd. EUR vorgesehen, was für 2019 einem Betrag von rund 4,5 Mrd. EUR entspricht, da dies sieben Geschäftsjahre umfasst und die steigenden Kosten im Laufe der Zeit berücksichtigt werden. Mit diesen Mitteln könnten in Frankreich 100.000 Krankenhausbetten für Intensivstationen, 10.000 Beatmungsgeräte und die Gehälter von 20.000 Krankenschwestern und von 10.000 Ärzten bezahlt werden. (5)

Schweiz: Kriegsmaterialexporte und Finanzierung von Rüstungskonzernen und Atomwaffenproduzenten

Im letzten Jahr, 2020, hat die neutrale Schweiz für 901,2 Millionen Schweizer Franken Kriegsmaterial exportiert. (802 Mio. EUR) Das sind 24 Prozent mehr als 2019. (2019: 727,96 Mio. ,656 Mio. EUR). Schon 2019 verkaufte Helvetien 43 Prozent mehr Rüstungsgüter als 2018. (2018: 509;88 Mio., 459 Mio. EUR) (6) Neben diesen Waffenexporten investierte die Schweizerische Nationalbank, Banken Versicherungen und Pensionskassen unseres Landes Milliarden in Rüstungskonzerne. - Wie viele Milliarden ist mir nicht bekannt. - Bekannt hingegen ist, dank Recherchen von ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atom-waffen, dass im Jahr 2019 schweizerische

Geldhäuser für 8,983 Milliarden US-Dollar in Konzerne investierten die Atomwaffen herstellen. Die Schweizerische Nationalbank hat vom Januar 2017 bis Januar 2019 1'314,2 Mio. US-Dollar in Firmen der Kernwaffenindustrie angelegt. Die Credit Suisse hat vom Januar 2017 bis Januar 2019 1'312,9 Mio. US-Dollar auch in solche Betriebe gesteckt. Die UBS investierte in der gleichen Periode sogar 6'315 Mio. US-Dollar in Unternehmen, die an der Herstellung von nuklearen Sprengkörpern beteiligt sind. (Zahlen ICAN Friedensnobelpreisträger 2017) (7)



Schweiz investiert pro Kopf der Bevölkerung 7,4-mal mehr in die Atomwaffenindustrie als Deutschland

Zum Vergleich die Finanzinstitute Deutschlands, ein Land mit 84,3 Millionen Einwohnern, platzierten 2019 11,759 Milliarden US-Dollar in die Atomwaffenindustrie. Die Schweiz hat 8,6 Millionen Einwohner. Pro Kopf der Bevölkerung investierte die Schweiz also 2019 1046 USD in Atomwaffenkonzerne und Deutschland 141 USD.



Deutschland: Investition in Atomwaffenproduzenten (Zahlen ICAN) Schweiz: Gesetzliches Atomwaffen-Finanzierungsverbot, aber...

ICAN schreibt: «Das Schweizer Banken Geld in die Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen investieren, ist umso erstaunlicher als dies in der Schweiz verboten ist. Seit der Revision des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) vom 1. Januar 2013 gibt es ein gesetzliches Finanzierungsverbot von verbotenen Waffen. Darunter fallen auch die Atomwaffen, welche in Art. 7 Abs. 1 lit. a KMG aufgeführt sind». (8)

Gerechtfertigt werden diese Investitionen, mit erheblichen Gesetzeslücken, welche das Finanzierungsverbot von Atomwaffen aufweise. Obschon das Finanzierungsverbot sowohl die direkte als auch die indirekte Finanzierung umfasse (Art. 8b und 8c KMG) sei die indirekte Finanzierung (z.B. der Erwerb von Obligationen von Firmen die Atomwaffen entwickeln) nur dann verboten, wenn damit das Verbot der direkten Finanzierung umgangen werden soll, und eine Zuwiderhandlung des Finanzierungsverbots besteht nur wenn der Täter vorsätzlich handelt (der Eventualvorsatz ist ausgeschlossen). – Ich verstehe diese juristische Argumentation nicht. Ich nehme eher an, dass der wahre Grund der Nichtbefolgung darin liegt, dass die Investoren sich die Profite der Atomwaffenindustrie nicht entgehen lassen wollen. Es wird konventionell und nuklear aufgerüstet, „um den Frieden zu sichern.“ Deshalb steigen die Profite, die in der Rüstungsindustrie erzielt werden können.

Die Explosion von 100 Atombomben würden einen nuklearen Winter auslösen

Was würde passieren, wenn Atombomben die 1945 auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden wieder einmal in einem Krieg eingesetzt würden, als Folge einer technischen Panne, einem Missverständnis oder durch Verrückte am Hebel der Macht? Bei der Explosion von 100 Atombomben bei einem begrenzten Atomkrieg würde ein nuklearer Winter die Erde verdunkeln.

Ein regionaler Atomkrieg mit rund 100 Waffen im Hiroshima-Format würde das globale Klima und die landwirtschaftliche Produktion so stark stören, dass mehr als eine Milliarde Menschen von Hungersnöten bedroht wären, wie jüngste

Untersuchungen der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs zeigen. Obwohl es nicht zum Aussterben der menschlichen Rasse führen würde, würde es ein Ende der modernen Zivilisation, wie wir sie kennen, herbeiführen.

Atomwaffen sind die einzigen Geräte, die jemals mit der Fähigkeit geschaffen wurden, alle komplexen Lebensformen auf der Erde innerhalb kurzer Zeit zu zerstören. Ein Krieg, der mit 1.000 Atomwaffen geführt wird – etwa 5 Prozent des gesamten weltweiten Vorrats – würde den Planeten unbewohnbar machen.

Country	Base	Estimated
 Belgium	Kleine Brogel	20
 Germany	Büchel	20
 Italy	Aviano	20
 Italy	Ghedi	
 Netherlands	Volkel	20
 Turkey	Incirlik	20
		100

Zur Grafik: US-Atomwaffen in Europa und der Türkei. die im Falle eines Krieges in die Zielgebiete geflogen werden sollen

Atomwaffen raus aus Deutschland

Wenn das Überleben der Menschheit auf dem Spiel steht, wird Widerstand zur Pflicht. AktivistInnen von Stopp Air Base Ramstein blockierten am 28. Juni 2019 drei Tore des Atomwaffen-Stützpunktes Büchel in Rheinland-Pfalz. Auf dem Fliegerhorst der deutschen Luftwaffe lagern im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-Amerikanische Atomwaffen, die im Falle eines Krieges von deutschen Soldaten in die Zielgebiete geflogen werden sollen.

Schweiz: Verbot an kriegführende Staaten Waffen zu liefern, aber...

Auch für die Bewilligung von Kriegsmaterial-Exporten gibt es in der Schweiz seit Jahrzehnten eine klare Bestimmung, dass Rüstungsexporte nicht bewilligt werden dürfen, wenn: «a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist; (9)

«b. das Bestimmungsland Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzt;
«c.12 ... d.13 im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder

e.14 im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.

Auch bei diesem klaren Verbot gibt es dann Ausflüchte, die es erlaubten seit Jahr-zehnten kriegführenden und menschenrechtsverletzten Staaten, der USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Saudi-Arabien, der Türkei, Pakistan und anderen Regimes aus der Schweiz Rüstungsgüter zu liefern.

Es wurde daher festgeschrieben, „In der Schweiz solle eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität auch in Zukunft sichergestellt werden. Deshalb soll es in Zukunft möglich sein, unter gewissen Umständen Kriegsmaterialausfuhren nach Ländern, die in einen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sind, zu bewilligen.« Damit können eigentlich alle Exporte der großen Rüstungskonzerne in der Schweiz, Rheinmetall, General Dynamics (Mowag), der bundeseigenen Rüstungsbetriebe und anderen Firmen bewilligt werden.



(Foto: Heinrich Frei, Rheinmetall Zürich-Oerlikon)

Fussnoten

- (1) [Home | SIPRI](#)
- (2) [Overview | World Food Programme \(wfp.org\)](#)
- (3) https://www.icanw.org/report_73_billion_nuclear_weapons_spending_2020
- (4) [Grossbritannien erweitert Atomwaffenarsenal | ICAN Deutschland \(icanw.de\)](#)
- (5) [Nuclear Spending vs Healthcare - ICAN \(icanw.org\)](#)
- (6) [Zahlen und Statistiken 2020 \(admin.ch\)](#)
- (7) [Dont Bank On The Bomb - CH 2019 - ICAN Switzerland | Tableau Public](#)
- (8) [SR 514.51 \(admin.ch\)](#)
- (9) [SR 514.511 \(admin.ch\)](#)



(Foto: Heinrich Frei, Hauptsitz Schweiz. Nationalbank am Bürkliplatz in Zürich)

Patriarchale Strukturen und geschlechtsbedingte Gewalt wie häusliche Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung u.a. verschärfen für Frauen die ohnehin prekären Lebensverhältnisse in Konfliktregionen. Körperliche Unversehrtheit, umfassende Bildung, Gleichberechtigung und paritätische Teilhabe an politischen Entscheidungen – nur unter diesen Bedingungen können Frauen zur Entwicklung ihrer Länder und zur Beseitigung von Fluchtursachen beitragen.

Christa Stolle, Geschäftsführende Vorstandsfrau
TERRE DES FEMMES

Buchvorstellung: Warum Klimaschutz bisher verpufft und wie er gelingt von Klaus Simon (Büchner Verlag 21) (von Brigitte Ehrlich)

Der bereits stattfindende Klimawandel ist ebenso naturwissenschaftlich erwiesen wie seine Verursachung durch den Menschen. Allein technologische Innovationen und Effizienzsteigerungen, wie sie die Green Economy vorsieht, und selbst der massive Ausbau erneuerbarer Energien können die Erderwärmung nicht aufhalten, da ihre Wirkungen durch Rebound-Effekte und permanentes Wirtschaftswachstum aufgehoben werden. Der Wachstumszwang des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die eigentliche Ursache hinter den ökologischen Problemen und dem Klimawandel. Wollen wir Naturzerstörung und Erderwärmung aufhalten, kann das nur mit einer Postwachstumsökonomie gelingen, die notwendigerweise eine postkapitalistische ist.



Das sind die Kernaussagen des neu erschienenen Buchs von Klaus Simon Warum Klimaschutz bisher verpufft und wie er gelingt.

In klarer und verständlicher Weise wird der Leser, die Leserin mit allen relevanten naturwissenschaftlichen Fakten zum Thema Klimawandel und seinen Folgen vertraut gemacht. Sachlich diskutiert Klaus Simon eine Vielzahl denkbarer Möglichkeiten der Emissionsreduktion einschließlich des Geoengineering und vier Modellpfade, die der Weltklimarat (IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change) in einem Sonderbericht 2018 vorgelegt hat. Auch die notwendige Veränderung individueller Konsum- und Verhaltensmuster wird in den Blick genommen. Doch sie allein wird den Klimawandel nicht stoppen. Klaus Simon legt genauso faktenreich wie überzeugend dar, dass ohne eine grundlegende Transformation des auf Wachstum und Kapitalakkumulation angelegten Wirtschaftssystems der Erhalt des Planeten mit seiner wunderbaren Biosphäre nicht möglich sein wird. Wie das gelingen kann, zeigen bereits vorhandene Modellprojekte der Solidarischen und Gemeinwohl-Ökonomie, Genossenschaften u. a. Alternativen.

Klaus Simons Buch bedarf keiner mahnenden Untergangs- und Katastrophenrhetorik. In einem äußerst sachlich-diskursiven Stil reiht der Mathematiker und Informatiker Fakten an Fakten, die für sich sprechen, und weist gangbare Wege aus der Klimakrise. Mit seiner Strukturiertheit, zahlreichen Graphiken, Satellitenfotos und zusammenfassenden Info-Kästchen empfiehlt sich das Buch als Handbuch und Nachschlagewerk in Sachen Klimawandel, Emissionsreduktion, Kapitalismus und gesellschaftliche Transformation. Neben dem etwas kurz gehaltenen Glossar hätte allerdings ein Stichwortverzeichnis diese Nachschlagefunktion weiter unterstützen können. Vielbeschäftigte können sich jedoch durch die Zusammenfassungen am Ende eines jeden Kapitels einen schnellen Überblick über die wesentlichsten Inhalte verschaffen. Klaus Simons Warum Klimaschutz verpufft und wie er gelingt gehört in jede private wie öffentliche Bibliothek und sollte Pflichtlektüre vor der anstehenden Bundestagswahl sein. Das Buch bietet Faktisches für ein postfaktisches Zeitalter der Leugnung und Verdrängung und bereitet damit einen Weg aus der ökologisch-gesellschaftlichen Krise.

Wer den Kapitalismus und seine Dynamiken noch besser verstehen möchte, sei auf Klaus Simons früheres Werk **Zwickmühle Kapitalismus. Auswüchse und Auswege** verwiesen, das 2014 im Tectum Verlag (Marburg) erschienen ist.

Klaus Simons wunderbar feinfühliges Nachdenkbuch **Zur Welt kommen. Wie alles mit allem verbunden ist** (2018 im Büchner Verlag) vereint die naturwissenschaftliche Beschreibung der Entstehung unseres Planeten und seiner Biosphäre mit dem Staunen vor diesem Wunderwerk, das zu einer spirituellen Haltung und vorsichtig angedeutetem Lebenssinn animieren kann.

Kolumne: Vivienne Waldrapps Vogelperspektive - 17000 Handgranaten (von Jürgen Dornis)

Im Alten Ägypten wurde der Waldrapp Ach genannt und galt als Lichtbringer und Verkörperung des menschlichen Geistes – und als Totenvogel: Der/ Die Verstorbene fuhr als verklärter und vergöttlichter Ach in den Himmel auf und wurde zu einem Stern. Im Islam wird der Waldrapp als Glücksbringer angesehen. Schon im 17. Jahrhundert war er im Orient geschützt, denn viele Nomadenstämme glaubten, die Vögel würden in ihrem schillernden Gefieder die Seelen der Verstorbenen davontragen. In Deutschland und weiten Teilen Europas galt er hingegen als Delikatesse und wurde während des 30jährigen Krieges ausgerottet. Erst in unserem Jahrhundert begann seine Wiederansiedlung in Europa, seit 2017 auch in Heiligenberg und Überlingen.

Die Waldrappdame Vivienne ist das Maskottchen unseres Vereins und bereichert unseren Newsletter in unregelmäßigen Abständen mit ihrer Kolumne.

Irgendwer hat Waldiwaldiwaldi gerufen – und da bin ich wieder. So bin ich geprägt, da kann ich nicht gegen an. (Wie wenn bei euch jemand mit nem Hunni raschelt.) Wobei wir Waldrappen schon ganz schön runter gekommen sind. Für

euch Menschen klingt Rote Liste ja recht harmlos nach Pillen und Kapseln, aber wir Tiere sehen da wirklich rot - denn für viele Arten ist es die letzte urkundliche Erwähnung. Von der Liste in die Kiste! 8 Vogelarten sind in den letzten Jahren ausgestorben – und die Gesamtzahl von uns Vögeln hat sich in der EU in den letzten 30 Jahren halbiert. Schließlich waren bei den 150 Tier- und Pflanzenarten, die täglich aussterben, immer wieder ein paar essbare dabei. Uns Vögeln geht das Futter aus! Vogel friss oder stirb: Da habt ihr den Vogel wieder mal abgeschossen! Es gibt aber doch Millionen Arten, sagt ihr? Alle 18 Jahre eine Million weniger, exponentiell ansteigend, so schrecklich viel Zeit bleibt da nimmer. Uns Waldrappen helft ihr ja mit Aufzucht- und Auswilderungsprogrammen und jedes Jahr gibt's ein paar mehr von uns. Aber dann wieder Glyphosat in der Saat und Cum Ex. Oder Eure Hochspannungsleitungen mitten in unserer Flugbahn. Wir können die nicht sehen – das könnt ihr wohl nie kapieren – auch wenn ihr wisst, dass 45% unserer Todesopfer beim Vogelzug genau diesen Killerkabeln zum Opfer fallen.



Ihr wisst so viel und kapiert so wenig. Entschuldigt, ich red' halt so wie mir der Schnabel gewachsen ist. Schaut euch den ruhig mal genau an, meinen Schnabel. Sieht ganz schön gefährlich aus, gell? Ist er sicher auch, aber keine Ahnung, wie gefährlich. Kann ich damit einen anderen Waldrapp umbringen? Wie viele in der Stunde? Keine Ahnung, nie ausprobiert. Bei uns ist das nämlich umgekehrt: Wir ham's kapiert. Schnabel gefährlich, vorsichtig einsetzen. Zärtlich schnäbeln. Heilig sind wir aber auch nicht, wir kämpfen schon mal um den Wurm und dann setzt's auch was mit

dem Schnabel. Aber verletzen, einen von uns 3000 auf der Roten Liste? Sind doch alles meine Schwestern. Oder sogar Brüder, bei uns sieht man das nicht gleich. Da muss man sich erst etwas nähern, das machen wir ganz gern. Wer weiß, wozu man die Brüder noch brauchen kann. Wir sind gesellig, schreibt ihr bei Wikipedia. Vielleicht habt ihr ja immerhin kapiert, dass ihr bei all eurem Wissen immer noch was von uns lernen könnt.

Natürlich habt ihr's auch schwerer, weil es so viele von euch gibt. Drum teilt ihr euch ein: Schwarze, Weiße, Deutsche und Russen und 200 andere Sorten, Junge und Alte, Männer und Frauen, Indigene und Raigschmecke, Legale und Illegale, Linke und Rechte, Arme und Reiche, Vorwärts-, Rückwärts- und Querdenker. Aber wenn ihr einen Fußabdruck im Sand seht oder einen Menschenschiss: Wer war's? - Oder was hat mein Vogelhirn da wieder nicht verstanden? Ihr macht das zu Eurer Sicherheit? Eine meiner Vorfahren wurde von einer Handgranate erwischt, Kollateralschaden nennt ihr das und noch nicht mal auffressen konntet ihr sie also völlig nutzlos das Ganze. Und jetzt hört mal zu: Jeder von euch 8 Milliarden Menschen hat im Durchschnitt 17000 Handgranaten daheim – ja natürlich anders verteilt und stattdessen Atomwaffen aber die haben fast nur die Reichen und natürlich nur die Militärs oder Regierungen ist ja alles so kompliziert bei euch aber die Feuerkraft von 17000 Handgranaten pro Mensch! Das sei zu eurer Sicherheit, sagt ihr – und wir sind doch nur 3000 Waldtrappen und ihr habt ja auch noch Steinschleudern. Oder sind die 17000 Handgranaten für euch Menschen – also gegen mein' ich. Das mit Freund und Feind hab ich halt auch noch nicht gecheckt, ändert sich ja auch ständig bei euch. Da glaubt ihr doch selber nicht mehr dran.

Aber das mit der Feuerkraft von 17000 Handgranaten, das haben eure Wissenschaftler ausgerechnet. Ihr wisst es – und mit eurer tollen Informationstechnologie können es bald alle 8 Milliarden von euch wissen. Aber ihr kapiert's einfach nicht. Vielleicht solltet ihr einfach mal Sicherheit neu denken.

Eure Vivienne Waldrapp

Aktuelles

Der Lindauer Schweigekreis kann auf ein 2-jähriges Bestehen zurückschauen, worüber die Lindauer Zeitung einen lesenswerten Bericht veröffentlichte:

https://www.schwaebische.de/landkreis/landkreis-lindau/lindau_artikel,-schweigen-fuer-den-frieden-arid,11371834.html

Im letzten Newsletter wurden bereits die politischen Aktivitäten verschiedener Gruppen in unserer Region lobend erwähnt. Inzwischen wurde noch der Ravensburger Appell veröffentlicht, den jede*r Einzelne unterzeichnen kann. Lt. Vorstandsbeschluss, zählt die Friedenregion Bodensee zu den Erstunterzeichnenden. Inzwischen steht der Ravensburger Appell allen unter folgendem Link zur Unterschrift offen:

<https://regionbodenseeoberschwaben.blogspot.com/2021/06/ravensburger-apell.html>

Zum Konflikt Israel-Palästina weisen wir auf den ZDF-Beitrag „Wie sich der Hass überwinden lässt“ hin. Er handelt von der Graswurzelbewegung "Combatants for Peace" (CFP), in der ehemalige israelische Soldatinnen und Soldaten und palästinensische Widerstandskämpferinnen und -kämpfer gemeinsam für Frieden eintreten. ZDFheute live spricht im Zuge der Eskalation des Nahostkonflikts mit Sulaiman Khatib und Yair Bunzel von Combatants for Peace. Khatib ist Palästinenser, als Teenager attackierte er israelische Soldaten. Dafür saß er zehn Jahre lang im Gefängnis. Der Israeli Bunzel kämpfte in der israelischen Armee. Heute setzen sich beide für Gewaltfreiheit, Gerechtigkeit und Dialog bei Combatants for Peace ein.

https://www.youtube.com/watch?v=UjX0w_3NBYM

Auch Andreas Zumach widmet sich dem Israel-Palästina-Konflikt, wie auf Info-Sperber nachzulesen ist: <https://www.infosperber.ch/politik/welt/das-nichtstun-des-westens-muss-ein-ende-haben/>

Zum selben Thema hat Anette Groth ebenfalls einen lesenswerten Artikel verfasst, den Sie auf

folgendem Link finden: <https://hinter-den-schlagzeilen.de/das-maas-ist-voll>

Das Säbelrasseln der Ukraine und Russlands hat Robert Habeck (Grüne) zu einer friedenspolitisch äußerst kritischen Äußerung veranlasst. Das entsprechende Interview des Deutschlandfunks mit ihm sowie andere veröffentlichte Artikel dazu finden Sie unter folgenden 3 Links:

https://www.deutschlandfunk.de/habeck-gruene-zu-waffenlieferungen-an-ukraine-die-ukraine.694.de.html?dram:article_id=497815

<https://www.berliner-zeitung.de/open-source/aggression-oder-reaktion-der-konflikt-zwischen-der-ukraine-und-rusland-eskaliert-li.159434>

<http://www.ippnw.de/frieden/konflikte-kriege/artikel/de/waffenlieferungen-schaffen-weder-sic.html>

In Ravenna haben sich Hafenarbeiter geweigert, für Israel bestimmte Waffenlieferungen zu verladen. Dieses Beispiel für zivilen Ungehorsam sollte überall Nachahmung finden: <https://orf.at/stories/3214717/>

Greenpeace hat mit der Beluga eine Schiffstour gestartet, um über den maßlosen Waffenexport aufzuklären und dessen Folgen zu verdeutlichen:

https://greenwire.greenpeace.de/group/themengruppe-frieden/inhalt/beluga-tour-entruistungjetzt-ueber-den-weltweiten-waffenhandel?utm_campaign=peace&utm_content=button&utm_medium=email&utm_source=newsletter&utm_term=20210526-nl-belugatour

Die aktuelle Rede der stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Andrea Kocsis zum ungesunden Zustand unserer Erde können Sie auf folgendem Link nachhören:

<https://abruesten.jetzt/2021/04/andrea-kocsis-unsere-welt-erlebt-ein-desaster-die-welt-ist-im-ausnahmezustand/>

Fahren auch Sie am 04.09. mit dem Bus nach Büchel und beteiligen Sie sich am 05.09. an der Menschenkette um den Atombomben-Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel. Mit Abendveranstaltung und gemeinsamer

Übernachtung, Infos bei Lothar Höfler: Tel.: 08382/25057 und Mail:

lothar@keinewaffenvombodensee.de.



Termine (unter Corona-Vorbehalt)

Frieden in Bewegung – Etappen vom 28.6. bis 4.7.21 am Bodensee - Wanderung der NaturFreunde Deutschlands von Hannover bis nach Konstanz

28.6.21 Etappe 58: Radolfzell – Meersburg:

Start: ca. 10 Uhr am Bahnhof Sipplingen: Wanderung Richtung Überlingen ca 13 Uhr: Führung durch den Goldbacher Stollen (früher NS-Arbeitslager) durch Claus Kittsteiner, Friedensregion Bodensee e.V.. (Tel.: 0152/29216648) Ende der Versammlung am Goldbacher Stollen, anschließend Busfahrt nach Meersburg 16 Uhr Versammlung Schlossplatz in Meersburg: Empfang durch Bürgermeisterin bis ca. 18 Uhr



29.6.21 Etappe 59: Meersburg – Friedrichshafen:

Start 9 Uhr: Park neben Uferpromenade 12 Uhr Fotoaktion vor dem Airbus Defence and Space GmbH, Claude-Dornier-Straße, 88090 Immenstaad, Beteiligung der NaturFreunde Ulm

30.6.21 Etappe 60: Friedrichshafen – Lindau:

Start 9 Uhr: Bahnhof Friedrichshafen-Ost 16-17 Uhr Besuch der Friedensräume

Lindau (verantwortlich vor Ort: Cornelia Speth) Empfang durch ein/e Stellvertreter*in der Bürgermeister*in den Friedensräumen, Veranstaltung bis ca. 19 Uhr

1.7.21 Etappe 61: Lindau - Bregenz (AT): Start: ca. 13 Uhr am Bahnhof Lindau-Reutin Vormittags Besuch der Gartenschau und der Ausstellung „FRIEDENSKLIMA!“ (Führung Frieder Fahrbach) 13 Uhr Wanderung bis zur österreichischen Grenze Empfang und Friedensgottesdienst am Molo mit NaturFreunden Vorarlberg & Walter Buder

2./3.7.21 Etappen 62 und 63 durch die Schweiz

4.7.21 Etappe 64: Ziel Konstanz Stadtgarten: 12-14 Uhr: Abschlusskundgebung in Konstanz (Redner*innen: u.a. Jürgen Grässlin, Bundesvorstand der NaturFreunde) im Stadtgarten/Klein-Venedig mit einer/m Stadtvertreter*in und zum Teil Mitwandernden der vorherigen Etappen aus allen Bundesländern.

Herzliche Einladung an alle zum Mitwandern! Einstieg ist jederzeit möglich. Die Führung übernimmt auf der deutschen Seite Heiko Thamm von der Friedensregion Bodensee e.V. Informationen bei Yannick Kiesel, NaturFreunde Deutschlands, Mobil: 01573/2201377

20. Mai – 26. September 2021: „FRIEDENSKLIMA! – 17 Ziele für Gerechtigkeit und Frieden“ Ausstellung auf der Gartenschau in Lindau. Friedensregion und Friedensräume

18. Juni 2021: Wie wir heute ein Klima für den Frieden schaffen. Vortrag von Dr. Margot Käßmann

08. Juli 2021: Flaggentag der Mayors for Peace, Lindau. Friedensregion und Friedensräume

08. Juli 2021: Flaggentag der Mayors for Peace, Überlingen. Friedensregion

08. Juli 2021: Flaggentag der Mayors for Peace, Konstanz, Friedensinitiative Konstanz

14. Juli 2021: Friedentisch der ev. Kirchengemeinde ÜB /FRB, mit Schuldekan Schupp

06. und 09. August 2021: Hiroshima-/Nagasaki-Tag, Überlingen und Radolfzell, Infostand FRB

14. August: Jahresausflug Friedensregion Bodensee e.V.

01. September 2021: Antikriegstag Friedrichshafen. VVN-BdA, DGB, DFG-VK, FRB

16. Sept. 2021: Wahlpodium Überlingen mit Andreas Zumach zur Bundestagswahl 26. September 2021

19. September 2021: UN-Weltfriedenstag in St. Gallen. Frieden-Ostschweiz

16./17. Oktober 2021: Tagung Lebenshaus Schwäbische Alb, Gammertingen

November 2021: Ökumenische Friedensdekade: Umkehr zum Frieden, Überlingen

November 2021: Oberschwäbische Friedenswochen u.a. mit Andreas Zumach

Monatliche Termine 2021 des AK Friedensregion Bodensee: 19.7., 16.8. Jahresausflug, 13.9., 18.10., 15.11., 13.12.2021 jeweils in Überlingen, Paul-Gerhardt-Haus, Jasminweg 19, um 16 Uhr - vorerst nur ONLINE. Gäste und InteressentInnen sind willkommen - bitte bei christian.s.harms@gmx.de anmelden

Lindau: jeden Freitag von 18 - 18.30 Uhr: Schweigekreis für Klimaschutz, Frieden und Gerechtigkeit vor dem Alten Rathaus. Teilnahme für jede*n möglich

Impressum

Der Newsletter wird herausgegeben von der Friedensregion Bodensee e.V., Friedensreferentin Martina Knappert-Hiese, M.A. Altmannweg 8, 88079 Kressbronn Mail: friedensregion.bodensee@gmail.com

Telefon: 07543/547343 und Webseite:

<https://www.friedensregion-bodensee.de/>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen möchten, schicken Sie uns bitte eine Mail an die oben angegebene Adresse. Anregungen und Kritik sind gleichermaßen willkommen. Wir verweisen auf die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf unserer Homepage. Ihre Mailadresse verwenden wir ausschließlich zum internen Gebrauch.